

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 324 A

BERLIN • Donnerstag, den 16. Februar 1933

2. JAHRGANG

Internationaler Aufruf.

Gebt Antwort auf den internationalen Faschismus.

Was will der ISK?

W-er. Diese Frage ist an ISK-Genossen häufig gerichtet worden, und sie entbehrt auch nicht einer Berechtigung, in einer Zeit, wo es sicher wünschenswert ist, die Anzahl sozialistischer Organisationen möglichst klein zu halten. Die Frage war deshalb als Thema für die öffentliche Versammlung in Haberlands Festsälen in Berlin angesetzt worden.

Hellmut Rauschenplat erörterte in seiner Rede ausführlich zunächst das Gemeinsame, das den ISK und die übrigen Arbeiterparteien verbindet: Das Ziel des Sozialismus. Mit allen sogenannten Marxisten ist der ISK einig in der Erkenntnis, daß das Monopol an Produktionsmitteln die Quelle der gesellschaftlichen Ausbeutung darstellt, und daß die heutige Klassengesellschaft auf dem Wege des internationalen Kampfes des Proletariats unterbunden werden soll. Die Trennung zwischen der Geschichtsbetrachtung der Marxisten und der ISK-Genossen liegt in dem Glauben der Marxisten an die sogenannte historische Notwendigkeit des Sozialismus. Wie ein roter Faden zieht sich dieser Glaube durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, angefangen von den theoretischen Erörterungen des kommunistischen Manifestes über Äußerungen von Bebel bis zu Bekenntnissen führender Sozialdemokraten und Kommunisten der jüngsten Zeit. Wie sehr dieser vorgefaßte Glaube den Blick für die augenscheinlichsten Tatsachen verdunkelt, haben der Sozialist Serrati und der Kommunist Bordiga gezeigt, die beide wenige Wochen vor der offiziellen Übernahme der Macht durch Mussolini die drohende Vergewaltigung des italienischen Proletariats nicht anders zu verhindern suchten, als durch lächerliche Glossen über Mussolinis politische und menschliche Unzulänglichkeit. Auch Wels und Thälmann in Deutschland sind drauf und dran, sich heute ähnlich zu verhalten.

Die ISK-Genossen glauben nicht, daß man aus der historischen Entwicklung ablesen könne, was unvermeidlich geschehen wird. Unabhängig davon aber wissen wir, selbst wenn wir gewisse Tendenzen des historischen Entwicklungsprozesses erkennen, zunächst nicht, ob man solche Tendenzen bewußt unterstützen soll, ob man versuchen soll, sie zu stören, oder ob man sich z. B. um den historischen Prozeß gar nicht kümmern soll. Die Frage, was wir tun sollen, wird uns durch die Betrachtung der historischen Wirklichkeit überhaupt nicht beantwortet. Diese Frage zu beantworten, ist Aufgabe einer wissenschaftlichen Ethik. Die weitere Frage, wie das durch die Ethik begründete Ziel erreicht werden kann, ist eine Frage anderer wissenschaftlicher Gebiete, wie z. B. der Nationalökonomie. Selbstverständlich ist die Beantwortung der Frage, wie innerhalb der Natur ein Ziel verwirklicht werden kann, nicht unabhängig von der Erfahrung und also von den Lehren der Geschichte möglich.

Da objektiv festgestellt werden kann, was der Mensch tun soll und wie er es erreichen kann, ist die Abstimmung über Fragen solcher Art mindestens überflüssig. Im ISK wird deshalb auch nicht abgestimmt. Er lehnt die Parteidemokratie, soweit sie Abstimmung bedeutet, ab. Die demokratische Kontrolle, die sich nur durch den täuschenden Namen Kontrolle empfiehlt, entpuppt sich in Wahrheit als bloßes Manöver, das allen aufmerksamen Menschen von dem Zusammenschieben auf Parteitagen her bekannt ist.

Der berechtigten Sorge, ob bei der Abschaffung der demokratischen Kontrolleinrichtung diktatorlusterne Streber von der Organisation ferngehalten werden können, begegnet der ISK zum Teil durch ein bestimmtes Prinzip der Auslese, zum anderen Teil durch eine planmäßige Erziehung der Funktionäre in der Richtung der Bekämpfung jener gefürchteten Schwächen. Wer im ISK Mitglied werden will, muß vorher bewiesen haben, daß er ein Sozialist ist. Es wird von ihm verlangt, daß er das, was er programmatisch fordert, so weit sofort in die Tat umsetzt, als dies nur von ihm selber abhängt. ISK-Genossen müssen also Freidenker sein. Sie müssen aus dem gleichen Grunde Alkoholabstinenter sein; sie müssen Mitglieder einer Freien Gewerkschaft sein, weil sie nicht andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen sollen. Sie dürfen sich nicht an persönlicher Ausbeutung beteiligen, sei es die der Tiere, der Kinder, Frauen oder anderer Menschen. Soweit infolge der bestehenden Ordnung erhebliche Unterschiede in der finanziellen Lage der ISK-Genossen bestehen, werden diese Unterschiede weitgehend durch eine Sonderbesteuerung aus-

Aufruf zur Einheit der Arbeiterklasse.

Anfang Februar fand in Paris der Kongreß der „Partei für proletarische Einheit“ statt, einer kleinen Partei, die zwischen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei in Frankreich steht. Auf diesem Kongreß waren auch Vertreter sozialistischer Parteien anderer Länder anwesend; sie alle zusammen haben an die Exekutiven der II. und III. Internationale einen Aufruf gerichtet, der folgenden Wortlaut hat:

„Angesichts der schweren Gefahren, die auf dem Proletariat der Welt lasten und angesichts der Drohung, die die Aufrichtung der Diktatur Hitlers in Deutschland bedeutet, fordern wir die sofortige Einberufung einer Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der kommunistischen Internationale und der revolutionären Parteien, die außerhalb der Internationale stehen. Diese Konferenz sollte zum Ziel haben, einen gemeinsamen Plan aufzustellen zur Hilfeleistung für die von den verschiedenen Formen des Faschismus unterdrückten Arbeiter und zur Zerschlagung der allgemeinen Gegenrevolution.“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von der Norwegischen Arbeiterpartei, der Independent Labour Party, der Sozialistischen Partei Italiens, der Partei für proletarische Einheit, der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands, der Sozialistischen Partei Polens, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.



„Staatsbegräbnis eines Proleten“.

H. S. Tausende Kölner Arbeiter waren gekommen, um dem von Nazis erschossenen Arbeiter Rathke aus der Thieboldsgasse das letzte Geleit zu geben.

Auf dem Friedhof ein großes Polizeiaufgebot. Der Redner wurde vor der Beerdigung verhaftet. Die Kränze, die rote Schleifen trugen, wurden beschlagnahmt. Genossen, die Fahnen bei sich führten, wurden mit samt den Fahnen auf ein bereitstehendes Polizeiauto geladen.

Stumm formierten sich die Massen zu einem langen Trauerzug, der dann noch einmal eine Polizeikette passieren mußte. Dort wurden die Genossen, die ein politisches Abzeichen oder eine Schirmmütze mit Lederriemen trugen, von den Polizisten aus dem Zuge geholt und verhaftet.

geglichen. Funktionärposten im ISK zu erstreben, hat nur für den Sinn, der mehr und besser arbeiten möchte als andere; andere Anreize, wie insbesondere hohe Gehälter, gibt es nicht. Die Bedeutung des sogenannten subjektiven Faktors, wie der ISK ihn auffaßt, kennzeichnete der Redner durch ein Wort von Leonard Nelson: „Darum, weil so überaus wenige einen Willen besitzen, vermögen die, die ihn aufbringen, so ungeheuer viel: denn ihre Kraft findet keinen Widerstand.“

Ein KPD-O-Genosse bestätigte die schon häufig gemachte Erfahrung, daß unter Marxisten über die Ethik abenteuerliche Vorstellungen bestehen, z. B. die, daß Ethik und Gewaltlosigkeit dasselbe seien, oder daß jemand, der ethische Prinzipien anerkenne, notwendig seine Augen vor den realen Tatsachen des Daseins verschließen müsse. Darauf antwortete ihm ein ISK-Genosse, daß durchaus die Triebkräfte sogenannter materieller Art, wie der Wunsch, den Hunger zu stillen, das Bedürfnis nach einer Wohnung und ähnliche Bedürfnisse eine erhebliche Rolle in dem Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Entwicklung spielen. Aber ebenso un-

AUS DEM INHALT:

Der Kampf um die Machtpositionen. Intrigen und Verleumdungen. Ein Verleumderblatt am Pranger. Hugenberg untersucht Osthilfe-Skandal. Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Einheitsfrontforderungen im „Gesamtverband“.

M. H. Auch in den Kreisen der Mitgliedschaft des Gesamtverbandes ertönt der Ruf nach der Einheitsfront von SP, KP und Gewerkschaften. Das gibt nun auch die neueste Nummer der „Gewerkschaft“ zu, die bisher all solche Stimmen oder Resolutionen getreu dem Vorbild der SP-Pressé systematisch verschwiegen. „Unsere Organisation muß sich die Aufgabe stellen — so wird da gefordert — „alles zu tun, um an der Schaffung einer Einheitsfront mitzuarbeiten. Wir erachten es als unbedingte Pflicht, daß sich ADGB, SPD und KPD als die wichtigsten Arbeiterorganisationen sofort zusammenfinden, um eine Basis zu finden, auf der es möglich ist, trotz grundsätzlicher und taktischer Differenzen in der Stunde der höchsten Gefahr eine Einheitsfront aller Werktätigen zu organisieren.“

Daß das Verbandsorgan heute wenigstens diese „Stimme aus Kollegenkreisen“ wiedergibt, ist ein Zeichen dafür, daß ein Druck von Seiten der Mitgliedschaft auf die Leitung beginnt. Wann wird er so stark sein, um endlich die Organisation selber zu einer Stellungnahme zu veranlassen und zur Durchführung dessen, was die Mitglieder erwarten?

Dumpe Empörung lag über den Arbeitern, die dann am Grab trotz Sprech- und Singverbots in den spontanen Gesang der „Internationale“ ausbrach. Eine Demonstration, der die Polizei ebenso machtlos wie bedeppt gegenüber stand! Ohne Grabrede, ohne Musik, ohne Fahnen, ohne Kränze, ohne die Teilnahme seiner Kampfgenossen, die von der Polizei vom Grab abgedrängt wurden, so wurde ein von Nazis ermordeter Proletarier ins Grab gebracht.

In Berlin wurde ein Nazi, der selber einen Mord begangen hat, und dessen Freunde als Mordsturm 33 bekannt sind, auf Kosten des Staates, unter Beteiligung der Reichsregierung und anderer Behörden, begraben. Millionen Rundfunkhörer mutete man zu, an diesem Mörderbegräbnis teilzunehmen.

Am Sonnabend demonstriert die Eiserne Front in Köln. Sorgt dafür, daß es eine rote Einheitsdemonstration wird.

bezwifelbar zeigt die Erfahrung, daß eine ungeheure Reihe von Menschen persönliche Opfer allerschwerster Art gebracht hat und weiter bringt mit der sicheren Erwartung, daß aus dieser Tätigkeit für sie keinerlei materielle Vorteile hervorgehen werden. Es genügt für sie die Ueberzeugung, mit ihrer Tätigkeit das getan zu haben, was ihre Menschenwürde ihnen vorschreibt. Eine Begründung für diese Ueberzeugung kann wie gesagt nur eine wissenschaftliche Ethik aufbauen, die damit das Ziel für die politische Arbeit nennt. Die zur Erreichung des Ziels geeigneten Mittel lassen sich nur durch die Nationalökonomie und andere naturwissenschaftliche Disziplinen aufweisen.

Ein Streit über die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, der sich im Anschluß an die Erörterung der Tagespolitik des ISK zwischen einem ISK-Genossen und einem anderen KPD-O-Genossen entwickelte, wurde wegen der Wichtigkeit des Themas und der vorgeschrittenen Zeit zunächst vertagt. Die gut besuchte Versammlung mit ihrer sachlich verlaufenen Diskussion wurde mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Die Vorbereitung der Kriegsschulden-Verhandlungen.

Seitdem Roosevelt seine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lindsay über die Verhandlungsbasis zwischen den USA und England hatte, sind die weiteren Verhandlungen über die Frage in geheimnisvolles Schweigen gehüllt. Lindsay reiste nach London, hatte dort tagelange Unterredungen mit Kabinettsmitgliedern und schiffte sich wieder nach den USA ein. Es ging um die Frage: Ist England bereit, die Goldwährung wieder einzuführen oder wenigstens das Pfund sonst irgendwie zu stabilisieren als Gegengabe für eine erhebliche Erleichterung der Kriegsschulden? England erklärte mehrere Male durch den Mund von Mitgliedern der Regierung, daß es dazu nicht bereit sei, und die Regierung der USA ließ keinen Zweifel darüber, daß sie in diesem Falle kein Interesse an Verhandlungen habe.

Inzwischen sind aber noch andere Objekte als die Goldwährung in den Handel über die Kriegsschulden hineingezogen worden. Abgesehen von „allgemeinen Erörterungen über die Weltwirtschaftslage“ wird auch von „politischen Fragen“ gesprochen. Es handelt sich hier zweifellos um die Haltung Englands gegenüber Japan. Es ist wohl möglich — wenn auch konkrete Hinweise dafür noch fehlen — daß Amerika auf dem Umwege über die Schuldenfrage die Haltung des Völkerbundes gegenüber Japan beeinflusst hat; denn bekanntlich sind alle Staaten, von denen die Entscheidungen des Völkerbundes abhängen — England, Frankreich, Italien usw. — an der Kriegsschuldenfrage interessiert.

Bekannt ist nur, daß Lindsay als Vermittler zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung aufgetreten ist, daß Roosevelt außerdem von Telefongesprächen mit Mac Donald sprach und daß Mac Donald im Unterhaus eine Erklärung abgab, die in den USA große Zufriedenheit ausgelöst hat. Während er früher stets die Ansicht vertreten hatte, die Frage der Weltkrise müsse der Weltwirtschaftskonferenz vorbehalten bleiben, erklärte er jetzt, die britische Regierung sei bereit, das gesamte Gebiet der Weltkrise zu diskutieren.

Die Genfer Konferenz der Kleinen Entente.

In Genf beginnt am Dienstag eine Konferenz der Kleinen Entente unter Vorsitz des jugoslawischen Außenministers Joffitsch. Zur Diskussion wird in erster Linie ein Vorschlag von Benesch stehen, der einen engeren Zusammenschluß der drei Ententemächte vorseht, so daß z. B. keine der Regierungen auf internationalem politischem Gebiet eine Entscheidung ohne Zustimmung der anderen treffen darf.

Die Parteien in England.

Lloyd George hat eine neue Partei gegründet, die Walliser Liberale Partei. Er hat im Unterhaus 10 Abgeordnete für diese Partei gewonnen, von denen 6 bisher den Samuel-Liberalen und einer den Simon-Liberalen angehörte. Diese 7 Abgeordneten werden also den Regierungsparteien entzogen. Die neue Fraktion wird das Mißtrauensvotum, das die Labour Party am Donnerstag im Unterhaus einbringen wird, unterstützen.

Dem „News Chronicle“ zufolge wird die Konservative Partei sich demnächst „Nationale Partei“, umtaufen, „erstens weil „national“ zuträglich sei als „konservativ“, zweitens um in der neuen Partei die gesamten Regierungsparteien zu vereinigen, also auch die Simon-Gruppe und die Mac Donald-Gruppe. Vielleicht kommt es also doch noch dazu, daß Mac Donald Führer der Konservativen Partei wird!

Das neue jugoslawische Wahlgesetz.

Die Skupschtina nahm mit geringen Aenderungen das neue Wahlgesetz an, mit dessen Hilfe die Regierung sich bei den bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit sichern will. Zu diesem Zweck sind folgende Maßnahmen vorgesehen: 1. Die Stimmabgabe geschieht auf Listen. Außer der Regierung dürfen die ehemaligen serbischen Parlamentsparteien Listen aufstellen. Die Kroaten, Slowenen und die verschiedenen Minderheiten dürfen keine Listen aufstellen. 2. Die Wahl ist öffentlich. 3. Die Liste, die relativ am meisten Stimmen auf sich vereinigt, erhält zwei Drittel der Sitze.

Intrigen und „Enthüllungen“.

Verschärfte Spannungen zwischen Rom, Paris und Belgrad.

Die italienische Zeitung „Stampa“ schrieb von einigen Tagen, man solle Italien nicht zu einem Krieg mit Jugoslawien reizen, denn Italien habe dann das gute Gewissen, die ganze europäische Zivilisation zu verteidigen.

Der französische Botschafter de Jouvenel setzt seine Verhandlungen mit Mussolini fort und hat sich angeblich schwer in Paris beklagt, daß Herriot ihn dabei mit seinen ewigen Reden über die Erfolglosigkeit der französischen Bemühungen um die italienische Freundschaft störe. Auch die von Frankreich in die Welt gesetzten Gerüchte über Geheimbindnisse sind für den verständigungswilligen Botschafter recht unerwünscht. Einige Pariser Blätter haben bereits behauptet, de Jouvenel wolle lieber gleich seinen Posten in Rom wieder aufgeben, da er sich von dieser Tätigkeit keinen Erfolg verspreche.

Der Ton der italienischen Presse ist außerordentlich scharf gegen Frankreich gerichtet, besonders weil Italien in Frankreich der Paktpolitik bezichtigt wird, die doch das ureigenste Gebiet der französischen Politik sei, was Herriot eben wieder durch seine Bestrebungen um Rußlands Freundschaft bewiesen habe. „Giornale d'Italia“ führt die Gerüchte über Waffenschleppungen und Geheimbindnisse auf die Manöver von den am Krieg interessierten Waffenfabriken zurück. Wir haben keine Ursache, diese Ansicht als ungläubwürdig hinzustellen. Vielmehr ist wirklich anzunehmen, daß die fortgesetzte Verschärfung der Spannung zwischen Rom, Paris und Belgrad und das Zutreten von Alarmgerüchten verschiedenster Art im Zusammenhang stehen mit dem Interesse der Rüstungsindustrie — auch der italienischen — an möglichst großer Unsicherheit in den internationalen Beziehungen, an der Verhinderung von Abstrichen am französischen Militäretat und an der Stärkung der Großmächte in ihrem Willen, die Abrüstungskonferenz rasch und ohne Abrüstungsmaßnahmen schließen zu lassen.

Die Entscheidung in Genf rückt heran.

Am Dienstag hat der Genfer Neunzehner-Ausschuß den vom Neuner-Ausschuß redigierten Bericht über den Fernost-Konflikt mit geringen Aenderungen angenommen. Die Oberhoheit Chinas über die drei östlichen (mandschurischen) Provinzen wird anerkannt. Im Bericht ist von der Mandschurei als von den drei östlichen Provinzen die Rede; das ist die hergebrachte chinesische Bezeichnung. Der Name „Mandschukuo“ kommt in dem Bericht nicht vor. Der Bericht schlägt vor, nach einander folgende Maßnahmen in der Mandschurei durchzuführen:

1. Rückgang der japanischen Truppen aus der Mandschurei bis zu der japanischen Eisenbahnzone (der südmandschurischen Bahn).
2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas.

Einrichtung der Verwaltung, Schaffung internationaler Kontrolle und der Gendarmerie entsprechend den Vorschlägen des Lytton-Berichts.

Was den vorgeschlagenen internationalen Ausschuß angeht, der in der Mandschurei arbeiten soll, so ist immer noch nichts Näheres über seine Befugnisse bekannt. In den Meldungen trägt er meist den Namen „Verhandlungsausschuß“; das klingt höflicher als „Kontrollausschuß“. Worüber aber soll der Ausschuß, nachdem der Völkerbund die Entscheidung gefällt hat, noch verhandeln?

Der sogenannte Verhandlungsausschuß

soll sich zusammensetzen aus den Unterzeichnern des Washingtoner Neunmächteabkommens (Belgien, China, England, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Portugal, USA), den im Neunzehner-Ausschuß vertretenen Mächten und Rußland; wenigstens soll dies zur Teilnahme aufgefordert werden.

Weitere Schlichtungsverhandlungen

(neben den weiteren Beratungen über den Bericht des Neunzehner-Ausschusses herlaufend) sind vorläufig ausgeschlossen.

Der Ausschuß hatte der japanischen Regierung eine Bedingung für weitere Schlichtungsverhandlungen gestellt: Anerkennung der Oberhoheit Chinas über die drei Provinzen. Nachdem die japanische Ablehnung dieser Bedingung dem Neunzehner-Ausschuß offiziell vorgelegen hat, hat dieser am Dienstag festgestellt: diese Antwort sei keine Grundlage für die weitere Vermittlung. Gleichzeitig ver-

Die österreichischen Bundesbahnen vor dem Bankrott

Um die Finanzen der österreichischen Bundesbahnen ist es so schlecht bestellt, daß sie am nächsten Monatsende nicht die Mittel in der Hand haben werden, um ihren Pensionsverpflichtungen nachzukommen. Vertreter der Gewerkschaften sind beim Finanzminister gewesen, um die Auszahlung der Pensionen zu sichern.

Bankenzusammenbruch im Autozentrum der USA.

Die Union Guardian Trust Company, eine führende Bank in Detroit, bei der Ford und die anderen großen Auto-Firmen General Motor und Chrysler Kunden sind, ist pleite. Der Zusammenbruch wird darauf zurückgeführt, daß Ford, angeblich ein Hauptaktionär der Bank, sich weigerte, weitere Kredite von der „Wiederaufbaugesellschaft“ aufnehmen zu lassen, um die Union Guardian Trust Company zu retten. Von der Wiederaufbaugesellschaft waren bereits 308 Banken und Sparkassen in Michigan (dem Staat, in dem Detroit liegt) gestützt worden. Ford zog außerdem angeblich seine Guthaben in Höhe von 7,5 Millionen Dollar von der Bank zurück, was zur Zahlungseinstellung der Bank führte. Der Gouverneur des Staates Michigan erklärte in einer Pressekonferenz, Henry Ford habe es abgelehnt, seine Einlage bei der Bank den Forderungen der kleinen Einleger unterzuordnen. — Was an diesen Mitteilungen über Fords

Die Produktion von Gerüchten und „Enthüllungen“ mehrt sich täglich: Angeblich sind kürzlich 48 italienische Militärflugzeuge nach Ungarn geliefert worden, die von einem geheimen italienischen Flugplatz gestartet und auf einem geheimen ungarischen Flugplatz gelandet seien.

Von kroatischen Emigranten wird behauptet, die Belgrader Regierung habe einen Plan, noch während der ersten Hälfte dieses Jahres Nordalbanien zu überfallen, und zwar an der nördlichen Spitze von Montenegro aus und im Osten von Serbien aus. Als Gegengabe für diesen Feldzug würde Montenegro eine Art Provinzautonomie erhalten. Angeblich ist in den Belgrader regierungsfreundlichen Zeitungen häufig die Rede von Gebieten, die „eigentlich“ zu Jugoslawien gehören und ihm angegliedert werden müßten. Zu diesen Gebieten wird nicht lediglich Albanien gerechnet, sondern auch Soloniki, das Jugoslawien im Süden einen Zugang zum Ägäischen Meer verschaffen würde, und Bulgarien, das den Zugang zum Schwarzen Meer öffnen würde. Als Eroberungsprogramm erscheint dieser Plan für die Veränderung der Staatenkarte des Balkans jedoch etwas größensinnig. Immerhin werden diejenigen, die solche Pläne begeben, durch das Vorgehen Japans außerordentlich ermutigt.

In Wien wurde am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Spionageprozeß gegen vier ehemalige Offiziere des Bundesheeres geführt, die angeblich militärische Dokumente an Wiener Vertreter einer europäischen Macht verkauft hätten. Die Fragen, die die Auftraggeber der Angeklagten diesen angeblich gestellt haben, sind folgende:

1. Wo erzeugt Oesterreich die neuen Maschinengewehre, die von Oesterreich an Japan geliefert werden,
2. welche Vereinbarungen bestehen mit Deutschland für den Fall eines Krieges, und
3. in welchem Punkte verletzt Oesterreich in militärischer Hinsicht die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Dem Bericht der TU zufolge geschah die Spionage zugunsten der Tschechoslowakei, in Prag wird jedoch die Nachricht verbreitet, es handle sich um Ungarn.

suchte der Ausschuß noch, einen Druck auf Japan auszuüben durch die Warnung, daß neue Militäraktionen in Jehol zum endgültigen Scheitern der Schlichtungsverhandlungen führen müßten.

Während das Schlichtungsverfahren also ruht, wird die im Abschlußbericht vorgeschlagene Entscheidung der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden.

Am Dienstag tritt die Vollversammlung zur Beratung des Berichts zusammen.

In Jehol

zögert Japan noch mit dem Fortgang der Offensive. Immerfort wird über Truppenverschiebungen auf beiden Seiten berichtet; hin und wieder bombardieren die Japaner eine Stadt in Jehol. Aber die lange angekündigte Offensive hat noch nicht eingesetzt. Jetzt kommt über die japanische Gesandtschaft in Peking die Meldung, daß vor Uebergabe dreier Ultimaten, in denen der Rückzug der chinesischen Truppen aus Jehol gefordert werden soll, die Japaner keine weiteren militärischen Maßnahmen ergreifen würden. Ein derartiges Ultimatum der Mandschukuo-Regierung an General Tschang Hsue-Liang, den Kommandeur der chinesischen Truppen in Nordchina, ist für die nächsten Tage angekündigt.

Erschließung der Mandschurei.

Die Japaner treiben den 1931 begonnenen Ausbau der Bahn von Kirin nach Osten in der Mandschurei weiter. Im Sommer soll die Bahn in Betrieb genommen werden. Wenn sie nach Osten hin bis zum Meere durch Korea hindurchgeführt wird, so wird es nächst der bei Wladiwostok mündenden chinesischen Ostbahn die erste Bahn sein, die vom Japanischen Meer aus in die Mandschurei hineinführt.

Das Flugmonopol für Mandschukuo ist einer japanischen Gesellschaft erteilt worden. Nur japanische Flugzeuge sollen die geplanten Linien befliegen.

Kein Todesurteil. General Ting-Schao, früherer Kommandeur der chinesischen Truppen an der ostchinesischen Bahn, ist nicht, wie zunächst gemeldet, von einem mandschurischen Gericht zum Tode verurteilt worden. Das Urteil des Kriegsgerichts in Hsingking lautete auf Verlust aller Ämter und Entlassung aus dem Heere, wegen „Meuterei“.

Haltung richtig ist, bleibe noch dahingestellt; was Ford gewollt hat, ist noch unklar.

Jedenfalls herrscht in Michigan jetzt die größte Verwirrung. Die Regierung hat eine achtstägige Banken-Geschäftsruhe beschlossen, durch die also zunächst alle Schwierigkeiten bei den Banken verschleiert werden. Von diesem Bankenmoratorium werden im Staat Michigan 500 Banken betroffen; in der Stadt Detroit allein werden 650 Millionen Dollar Spargelder festgefroren.

In Detroit herrscht im Geldverkehr völliger Wirrwarr. In ganz Michigan hat die Bevölkerung zwar noch bis zum Wochenende Kleingeld. Die Annahme von Schecks wird aber allgemein verweigert. In den Theatern, Kinos und Restaurants häufen sich große Summen an. Ein großes Aufgebot von Polizei bewacht daher die Kassen der Banken und Theater. Die Federal Reserve Bank in Chicago sandte unter großer Bedeckung durch Detektive 20 Millionen Dollar Gold nach Detroit. Die Staatskasse in Detroit und die Stadtkasse waren am Mittwoch nicht in der Lage, die fälligen Löhne und Gehälter zu bezahlen.

Gandhi bleibt in Haft.

Sir Samuel Hoare, der britische Staatssekretär für Indien, teilte im Unterhaus mit, daß eine Freilassung Gandhis und anderer führender Hindus, die im Zusammenhang mit dem Ungehorsamkeitsfeldzug gefangen sind, nicht in Frage komme, bevor die Regierung überzeugende Beweise habe, daß ihre Freilassung nicht ein Wiederaufleben des Ungehorsamkeitsfeldzuges mit sich bringen werde.

Da Gandhi nicht wegen eines bestimmten Vergehens im Gefängnis ist und auch zu keiner Strafe verurteilt wurde — ein Prozeß gegen ihn hat nicht stattgefunden — können die Behörden die Haft nach Gutdünken ausdehnen.

Ein neues Terror-Urteil in Indien.

Gegen drei Hindus, die 1930 angeblich ein englisches Waffenlager geplündert haben, die sogenannten Verschwörer von Chittagong, ist ein unerhörtes Terror-Urteil gefällt worden.

Ein Angeklagter wurde zum Tode verurteilt, der zweite zu lebenslänglicher Verbannung, der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

Vor den deutschen Gesandtschaften in Spanien und Peru kam es zu kommunistischen Demonstrationen zum Protest gegen die Kommunistenverfolgung in Deutschland. Die Gesandtschaft in Madrid wurde mit Steinen bombardiert, wobei einige Fensterscheiben in Scherben gingen.

Jenkin, der Sekretär der Kommunistischen Partei Englands, ist in Stockholm verhaftet worden. Jenkin hielt sich seit längerer Zeit in Schweden auf und ist bei der russischen Handelsvertretung in Stockholm beglaubigt. Angeblich besteht bei den schwedischen Behörden der Verdacht, daß er sich in „hochverräterischer“ Weisheit betätigt habe. Mit seiner Ausweisung wird gerechnet.

Der Kampf der rumänischen Eisenbahner.

Nachdem die Eisenbahndirektion in Klausenburg die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllte, besetzten 2000 Eisenbahnarbeiter die Werkstätten und Verwaltungsgebäude, und sperrten 30 Beamte und 7 leitende Ingenieure ein. Ein Infanterieregiment und eine Maschinengewehrkompanie der Polizei räumten die von den Arbeitern besetzten Stellen. Die Eisenbahndirektion erklärte sich dann bereit, von Fall zu Fall mit Vertrauensleuten der Arbeiter zu verhandeln, während sie sich weigerte, mit einem ständigen Ausschuß der Eisenbahnarbeiter zusammenzuarbeiten. Der Konflikt brach wegen der Entlassung kommunistischer Arbeiter aus.

Ein Verleumderblatt am Pranger.

Man stellt sich oft vor, die bürgerliche Presse in ihrer Verlogenheit sei bereits hinlänglich oft geschildert worden, und man könne zu diesem Thema nichts mehr sagen. Weit gefehlt! Wir drucken hier ohne jede Kürzung, so leid uns dies angesichts unseres knappen Platzes auch tut, einen Bericht ab, den die „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlicht:

„Rotmord im Rheinland.“

Neue Feuerüberfälle auf Nationalsozialisten

Velbert (Rheinland), 14. Februar.

Ein Lastauto mit Nationalsozialisten wurde in der Nacht von bisher unbekannt Tätern beschossen. Es wurden etwa zwölf Schüsse abgegeben. Ein Nationalsozialist erhielt einen Rückensteckschuß.

Dortmund, 14. Februar.

Ein politischer Ueberfall wurde gestern in Dortmund-Brechten auf einen Gärtnergehilfen, der der SA angehört, ausgeführt. Er wurde von fünf Männern überfallen, die mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Mit einem Beinsteckschuß mußte der Ueberfallene dem Krankenhause zugeführt werden. Am Tatort wurden zwei leere und zwei scharfe Patronen gefunden.

In Berlin, und zwar in Spandau an der Ecke der Fischer- und Wasserstraße kam es gegen 1.15 Uhr zu einer Schießerei zwischen NSDAP- und KPD-Angehörigen. Dabei wurden zwei KPD-Leute verletzt. Die Täter, angeblich Nationalsozialisten, sind unerkannt entkommen.

In der Großen Frankfurter Straße und am Strausberger Platz entstanden gegen 1.15 Uhr Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Straßenpassanten. Zwei Passanten wurden leicht verletzt. Die Polizei nahm drei NSDAP-Angehörige fest.

An der Ecke Albrecht- und Düppelstraße in Steglitz kam es heute vormittag gegen 11 Uhr zu einer Schießerei zwischen Geldsammlern der NSDAP und der KPD. Eine Polizeistreife nahm vier Beteiligte, drei Kommunisten und einen Nationalsozialisten, fest.

Die Bluttat in Dortmund-Asselu aufgeklärt.

Dortmund, 14. Februar.

Die Ermittlungen wegen der politischen Bluttat in Dortmund-Asselu am Sonntagmittag, bei der der Kommunist Albert Banikau mit einem Taschenmesser erstochen wurde, haben zur Festnahme des 43jährigen Invaliden Sengotta aus Dortmund-Wickede geführt. Er gab an, daß er, als es zu einer Auseinandersetzung am Sonntag zwischen seinem SA-Sturm und Kommunisten gekommen war, in Banikau den Kommunisten wiedererkannt habe, der ihn und seinen Sohn schon mehrfach bedroht hätte. Sengotta hat am 19. Februar 1932 einen Sohn verloren, der auch SA-Mann war und bei einem Feuerüberfall von Kommunisten auf SA-Leute erschossen wurde.

Die Zwischenfälle in Braunschweig am Sonntagmittag vor dem Fackelzug der nationalen Verbände haben ein zweites Todesopfer gefordert. Die von einer Kugel getroffene 62jährige Witwe Rehncke ist heute vormittag ihrer Verletzung erlegen.

Zwei unklare Fälle.

Von diesen sieben erwähnten Fällen ist bei nicht einem einzigen, und zwar nach dem Bericht der Zeitung selber, klar, daß ein Sozialdemokrat oder Kommunist einen politisch Andersdenkenden angefallen habe, was doch wohl mit „Rotmord“ gemeint ist. Da, wo es sich um Beschießungen von Nazis bzw. SA-Leuten handelt, wobei die Täter nach der Meldung der „BBZ“ selber unbekannt sind, kann es sich noch durchaus um einen der bei den Nazis beliebten und häufigen Femefälle handeln, oder auch um Fälle, wo sich aus Dummheit die Nazis selber beschädigt haben, wie z. B. der SA-Mann Jaehneke, der zwar einen Mord geplant hatte, aber nicht sein Opfer, sondern sich selber umbrachte, oder um Fälle, wo die Nazis einfach, um ihre Hilfskasse in Anspruch zu nehmen, einen Ueberfall markieren. Wir haben neulich solche Fälle zusammengestellt (Nr. 315), gerade um Material zu liefern gegen die elende Verleumdung, die in der Bezeichnung „Rotmord“ liegt. Danach ist es erlaubt, nur dann von einem Ueberfall von linken Menschen auf andere zu reden, wenn polizeilicherseits ermittelt wurde, daß die Täter der linken Arbeiterschaft angehören.

Der Rest fast völlig: Gelbe Pest!

Was die Zeitung über die Ermordung des Kommunisten Banikau schreibt, ist nichts weiter als die öffentliche Billigung einer scheußlichen Rache. Erstens hat keine Privatperson das Recht, eine andere deshalb zu ermorden, weil sie von dieser einmal bedroht worden ist, und zweitens heißt es, den Mord geradezu zu legalisieren, wenn man jedem erlaubte, als Rache für seinen im Bürgerkrieg

gefallenen Sohn einen Angehörigen einer politisch andersdenkenden Gruppe umzubringen.

Wenn jeder Freund eines Ermordeten diese Mordjustiz pflegen würde, so ergäben sich dabei die ungeheuerlichsten Perspektiven. Natürlich würde die „BBZ“ einem Angehörigen der linken politischen Bewegung auch nicht das Recht zubilligen, für seine ermordeten Freunde und Verwandten einfach Rache zu nehmen. Und hierin sieht man auch das Empörende dieses Blattes, das in einer einzigen Nummer hier die Arbeiterschaft als Mörder bezeichnet, ohne einen einzigen Fall als Beleg anzuführen und das offenbar zu Lesern, soweit diese es aus anderen als aus Berufsgründen lesen, nur Leute hat, deren Gesinnung ebenso verlodert ist.

Die Braunschweiger Todesfälle.

Auch der letzte Fall, den die „BBZ“ schildert, ist nicht etwa durch Kommunisten hervorgerufen worden, sondern durch Nationalsozialisten, die in Braunschweig sowieso nur wie die Vandalen zu hausen gewohnt sind und dabei von der Polizei geschützt werden. Sie hatten am Sonntag durch ein reines Arbeiterviertel einen Provokationszug unternommen, und die Polizei knallte auf jeden los, der angesichts der vorbeiziehenden Mörderhorden nicht schnell genug die Fenster schloß. Bei der Organisation des Umzugs der Braunschweiger Bürgerkriegshorden erschoss die Polizei einen Mann und die alte Greisin, von der hier die „BBZ“ berichtet, und zwar — wir halten fest — unter der Ueberschrift „Rotmord“.

Hochverrat von rechts angenehm.

Dieselbe Nummer dieser Zeitung bringt ohne Kommentar die Aufforderung des Reichslandbundes zum Hochverrat unter der anerkennenden Ueberschrift „Vertrauenskundgebung — Dank an Hindenburg“. Sie hat natürlich keine Ahnung von der Beleidigung, die darin liegt, und zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegenüber.

Ueberfall auf linke Parlamentarier angenehm.

Ebenfalls in der gleichen Nummer bringt die Zeitung die Mitteilung, und zwar auch kommentarlos, daß der Nazi Frank II Löbe täglich angegriffen hat und daß auch der Volksparteiler Morath tätlich angegriffen worden ist.

Die Unterdrückungskampagne gegen Links.

Eine Razzia im Reichstag wurde von der Berliner Polizei am Dienstagabend vorgenommen: eine Versammlung kommunistischer Betriebsvertreter tagte dort. Ergebnis: Papierbeschlagnahme.

Aus Hamburg wird die Aushebung eines kommunistischen Waffenlagers gemeldet. 800 Schuß Pistolenmunition, 6 große Pistolen und ein Gewehr 98 wurden beschlagnahmt. Ob der Inhaber wirklich ein Kommunist ist, muß abgewartet werden.

Verboten: für Mittwoch in Stuttgart (Hitler-Besuch!) alle von den Kommunisten geplanten Demonstrationen.

Beschlagnahme: etwa 1400 kommunistische Broschüren bei Durchsuchungen in Hamburg-St. Georg.

Fünf Jahre Zuchthaus erhielt der Kommunist Stach wegen angeblicher Teilnahme an einer Schießerei.

Zwangsgestellt: in Berlin in der Nacht zum Dienstag etwa 70 Flugblattverteiler.

Verboten: das kommunistische „Thüringer Volksblatt“ für fünf Tage.

Verboten: Die in Ebingen (Württemberg) erscheinende Zeitung: „Rote Bombe“ auf zwei Monate.

Daß Funk dann am Frühstück teilnehmen durfte und einen Breken von Offiziersweißbrot mit Butter bekam, war eine Auszeichnung, die er knirschend verwünschte und hinabwürgte.

Unterm Kaffeetrinken wurde weiter geschwätzt, prophezeit und gedeutet von seiten Lipp's. Die Revierstunde drüben beim zornkochenden Asam fand gegen ein Uhr statt — zu einer Zeit, zu der die Leute schon ihr Mittagessen hätten bekommen sollen und mit knurrenden Mägen herumstanden.

Aber im Frühling war mit dem Stabsarzt etwas besser auszukommen. Lipp zeigte sich aufgekratzt, er war aus der Rolle des stellvertretenden — ebenso wie der Oberstleutnant — in der des endgültigen Häuptlings gelandet, er zog auf den Froschfang mit einem Stab von Krankenträgern und erbeutete kübelweise die zarten Schenkelchen. Er ließ im Mai mit Hilfe der Feuerleiter die Spatzennester des ganzen Dorfes durchsuchen, die gerade flüggerreifen Jungen ausnehmen und abkrageln. Er leitete die Prozedur des Zurichtens, er half selbst mit seinem medizinischen Taschenbesteck dabei, die Vögelchen zu öffnen und bratfertig zu machen. Dann lud er einige Herren — übrigens auch Funk — zum großen Spatzenschmaus ein.

Aber dann fällt wieder ein schwarzer Tag in den Maientzauber: der Divisionsarzt ruft aus heiterem Himmel an und will Lipp am Telefon wissen.

Lipp flüchtet vorerst. Er galoppiert zu Funk und keucht: „Sie, Herrschaftszeiten! der Divisionsarzt hat angerufen! Gehn S' sofort mit, marschmarsch, weiß der Henker, was der Hammel alles von mir wissen will!“

Sie jagen gemeinsam davon. Lipp steht endlich dem vorgesetzten Arzt an der Strippe zur Verfügung und macht in den Apparat hinein seine Verbeugungen. Dann aber erstarrt er, horcht — und zischt Funk zu: „Er quatscht vom zehntägigen Rapport. Wieso wir unter der Rubrik „Aegyptische Augenkrankheit“ eine Eintragung haben...“

Funk zuckt die Achseln und schüttelt den Kopf — er sieht Schlimmes herannahen. Er hört Lipp sprechen: „Nein, Herr Divisionsarzt — unmöglich — keine ägyptische —“

Funk bläst ein: „Verwechslung.“

Sie überschreibt dieses Ueberfallattentat und diesen Verfassungsverstoß durch die Nazifraktion: „Ueberwachungsausschuß erneut aufgelogen“.

Herr Auwi.

Schließlich, um das Bild abzurunden, bringt sie, immer noch in der gleichen Nummer, einen Bericht über die Rede des famosen Hohenzollernsprössen, des sogenannten „Prinzen Auwi“. Dieser „Prinz“, den uns armen Deutschen keiner nachmacht, erzählte:

„In Preußen habe sich schon vieles geändert, doch könne man allen Anträgen, die beim Minister Göring einliefen und ganze Zimmer füllten, nicht sofort entsprechen. Denn, die das deutsche Volk gequält hätten, werde nicht vergessen werden. Aber ein System, das den Bolschewismus so bereitwillig groß werden ließ, sei nicht über Nacht und nicht mit Sanftmut und Milde, sondern auf dem Gesetzewege (?) zu beseitigen.“

Hitler wolle noch einmal die Entscheidung des Volkes, aber er werde handeln nach dem großen französischen Staatsmann, der sagte:

„Ich bin hier und bleibe hier.“

Es sei aus mit der Zeit, wo man um Regierung und Volk gewürfelt habe. Die alte Sauberkeit im Staate müsse wieder einziehen, wir müßten auch wieder unser altes Volkstheater haben. Vielleicht würde Hitler eines Tages sagen daß jetzt erst einmal die anderen zu erfüllen und den Verträgen nachzukommen hätten.

Der Nationalsozialismus kämpfe um die deutsche Seele, nicht um die deutsche Stimme. Er rede nicht nur bei den Wahlen, sondern er komme immer und auch zu anderen Zeiten. Ihn werde man nicht mehr los. Gemeingut geht vor Eigennutz, und die Leute im braunen Hemd lernten dies zuerst am eigenen Leibe, ehe sie es von den anderen verlangten. Er, Prinz August Wilhelm, habe die Berechtigung, im Dienste der NSDAP und ihrer Arbeit zu stehen. Diese Arbeit sei geachtet, und wer sie verrichte, habe den Anspruch auf den Adelstitel eines Arbeiters am deutschen Volke.“

Einige Fragen an den Prinzen in bezug auf das zum Ueberdruß wiederholte „Gemeingut geht vor Eigennutz“. Wieviel hat die Republik Herrn Wilhelm von Hohenzollern und seinen Söhnen gegeben?

Soviel, daß diese Familie die reichste deutsche Familie ist, und zwar, wie wir hinzufügen, ohne jedes Verdienst; denn ein Erwerbloser hat einen Anspruch auf Unterhalt deswegen, weil er früher einmal gearbeitet hat, während die Hohenzollernknaben von Arbeit auch nicht die Spur von Ahnung haben, wovon ihre Redensarten zeugen, die die „BBZ“ hier wiederkaut.

Und das Gemeingut und der Eigennutz? Niemand hat größere Summen zusammengerafft als die Hohenzollern. Und die Leute wollen alte „Sauberkeit“ einführen.

Ein Land, in dem Zeitungen wie die „BBZ“ gelesen werden, hat einen tiefgehenden Knacks in seiner Moral und seiner Bildung. Wir wollen hier nicht ihre Gesamttendenz, die uns natürlich ebenfalls unerträglich ist, kritisieren. Wir kritisieren hier ihre

Reportertätigkeit, ihre „Sachlichkeit“, und wir können dazu nur feststellen, daß uns der Berliner Polizeipräsident tatsächlich auf dem rechten Auge einen Sehdefekt zu haben scheint!

Verboten: die sozialdemokratische „Mecklenburgische Volkszeitung“ und ihr Kopfblatt „Das freie Wort“ für eine Woche.

Verboten: „Die Gewerkschaft“ (Zeitung des „Gesamtverbandes“) bis zum 26. März. Ein Artikel: „ADGB, SPD und KPD müssen sich zusammenfinden“ hatte Herrn Melcher gereizt.

Verboten: „Die Ente“ bis Ende März.

Die sozialdemokratische „Magdeburger Volksstimme“ ist für fünf Tage verboten worden, weil sie gegen den Polizeipräsidenten „äußerst heftige Angriffe“ gerichtet haben soll.

Polizeilich geschlossen wurde ein kommunistisches Verkehrslokal im Nordosten Berlins (Fürstenwalder Straße).

Polizeilich geschlossen wurde das im Landeschulheim des weltlichen Elternbundes in Wolfshagen (Braunschweig) eingerichtete Arbeitsdienstlager. Begründung: die Insassen des Lagers gehörten durchweg linken Kreisen an und seien mehrfach an politischen Ausschreitungen beteiligt gewesen.

In Wahrheit hat die „Beteiligung“ des Lagers, das vom „Reichsbanner“ betrieben wird, an Ausschreitungen so ausgesehen: am 7. oder 8. Februar überfielen etwa 60 SA-Leute das Lager, durchschnitten die Telefonleitungen, zertrümmerten die Fenster und hielten dabei das Haus unter Feuer.

„Lediglich eine Verwechslung! Herr Oberstabsarzt können ganz beruhigt sein, eine unverzeihliche Schlampe meines Personals — wie? gewiß, auch mich trifft einige Schuld — große Schuld, wie Herr Divisionsarzt meinen; es wird bestimmt nicht wieder vorkommen, — nein, nur harmlose Bindehautentzündungen —“

Fauchend zu Funk: „Wie der Krankenstand ist. —?“

„Befriedigend; sieben Atmung, neun Haut, neun Darm.“ „Durohaus befriedigend, Herr Divisionsarzt. Wir behandeln zur Zeit lediglich sieben Erkrankungen der Atmungsorgane, neunmal Furunkulose und kleine Abszesse und oben soviel leichte Darmaffektionen. Das wäre so ziemlich alles —“

Zu Funk: „so ziemlich“ paßt ihm nicht — was noch?“

„Zweimal Nagel, zweimal Rheuma.“

„Ja — bitte gehorsamst, Herr Divisionsarzt, zwei Panaritien wären noch zu nennen und zwei Leute mit rheumatischen Erscheinungen, aber da weiß man nie recht, ob nicht Simulation — ich werde genauestens beobachten — empfehle mich untertänigst, Herr Oberstabsarzt...“

Die Audienz ist zu Ende. Lipp reißt die Mütze vom Schädel und wischt mit einem Hemd, das frisch gewaschen gerade in seiner Nähe liegt, über die nassen Haare.

„Funk“, sagt er langsam, mit einem Blick, der den anderen morden soll, „wissen Sie, was Sie angestellt haben mit Ihrer verwechsellten Rubrik? Die ägyptische Augenkrankheit ist eine höchst ansteckende gefährliche Sache. Sie haben den ganzen Divisionsstab mit Ihrer Falschmeldung in größte Sorge gesetzt. Sie sind ein — ein undankbarer, unmöglicher Mensch. Mich so zu blamieren!“ Schreiend: „Das kann mich einen Punkt in der Konduite kosten. Daß man sich auf niemanden verlassen kann! Alles — jeden Scheißdreck — müßte man selber drehen! Wozu habe ich Sie aus dem Graben auf das Pöstchen geholt? Damit Sie mich ruinführen!“ Noch lauter kläffend: „Wieso übrigens das Rindvieh hinten einen Augenblick im Ernste denken kann, bei uns sei plötzlich die ägyptische Augenkrankheit ausgebrochen, das ist mir unerfindlich.“

(Fortsetzung folgt.)

A. M. FREY



(28)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kleppschauer Verlag AG, Berlin.

Aber diese stillen Siege über den Stabsarzt kamen ihm teuer zu stehen. Am nächsten Morgen taumelte Lipp aus einem miserablen, sitzend absolvierten Schummer: der Kragen hatte ihm fast den Hals durchgesägt, die auf den Tisch gestützten Arme waren wie abgestümpft, die Beine eiskalt. Schuld an dem Zustand, der den ganzen Tag verdarb, war natürlich Funk.

So zog es der in der Folge wieder vor, zu lesen und zu lesen, bis Lipp gähnte: „Also — was, Funk — gehen wir schlafen... Und morgen um fünf Uhr früh — gell — den Kaffee!“

Er hatte herausbekommen, daß Funk besseren Kaffee kochte als sein Bursche, der faul und gerissen war und es verstand, viele seiner Obliegenheiten auf Funk abzuschieben.

Der stand also denn um vier Uhr auf, suchte Holz zusammen, mahlte die Bohnen, braute Kaffee in der Revierküche und trug ihn durch noch stockdüstere Nacht hinüber zum Stabsarzt, brachte auch dort den Kamin in Brand, setzte an eine gute Stelle die Blechkanne mit der braunen Brühe, damit sie warm bleibe, und wartete.

Lipp schlief um sechs Uhr noch, um sieben und auch um neun. Gegen zehn ward er munter und brauchte nun vor allem warmes Waschwasser. Sein Bursche Reising ließ sich nicht blicken. Er hatte einmal gegen acht herübergeschaut, alles in Ordnung befunden und sich in seinem Stall wieder aufs Ohr gelegt. Funk besorgte heißes Wasser.

Es ward unter Gemurr „kochend“ befunden, es mußte auskühlen. Ueber dem kam Lipp ins Reden; nun war das Wasser wieder zu kalt und mußte von neuem erwärmt werden.

Auf dem Weg zur Einheitsfront?

Am Sonntag fand in Bochum eine Massenkundgebung mit anschließender Demonstration „Gegen die Harzburger Front“ statt. Einberufen: SPD, „Eiserne Front“, Reichsbanner, ADGB und AFA-Bund.

Auf dem Moltkeplatz, dem größten Platz Bochums, hatte sich eine riesige Menschenmenge, darunter viele Kommunisten, eingefunden. Kampfeskundgebung lag auf den Gesichtern und aus zahlreichen Gesprächen der Gruppen, die sich überall bildeten, ging einmütig hervor, daß die Arbeiter begriffen hatten: die Schaffung der Einheitsfront und der gemeinsame Abwehrkampf gegen den Faschismus ist das Gebot der Stunde.

Die Kommunisten schlossen sich der Demonstration nicht an, da sie weder mit Abzeichen oder Transparenten noch auch nur geschlossen hätten teilnehmen dürfen. Aber der Zug der mehr als 4000 Demonstranten wurde von Zeit zu Zeit von Kommunisten, die Spalter bildeten, mit zustimmenden „Rot-Front“-Rufen begrüßt, die mit begeisterten „Freiheit“-Rufen aus dem Zuge erwidert wurden.

Die Kundgebung, die in mustergültiger Ordnung durchgeführt wurde, obgleich es auch an Provokationen von Nazis und Stahlhelmern nicht fehlte, wurde im größten Saale Bochums zu Ende geführt.

Man kann es indessen nur bedauern, daß die Redner, Husemann vom Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, und Henseler, der politische Redakteur der westfälischen SPD-Prese, es nicht verstanden, den so deutlich in die Erscheinung getretenen Kampfswillen der gesamten Arbeiterschaft, vor allem ihre Bereitschaft zur Bildung der Einheitsfront, aufzufangen und ihn in politischen Parolen klaren Ausdruck zu geben.

Es interessiert hier nicht der Inhalt der Reden, die sich darin erschöpften, die Vorwürfe zu widerlegen, daß die 14-jährige marxistische Politik in Deutschland Schuld trage am verlorenen Krieg wie am Zusammenbruch der Wirtschaft. Interessanter und im Augenblick wichtiger war ein Zwischenruf, der in dem Augenblick kam, als Husemann erklärte, die Sozialdemokraten seien gewohnt, bei ihren politischen Entscheidungen Vernunft walten zu lassen. Ein Arbeiter rief nämlich: „Dann reicht euch doch die Bruderhand!“ Darauf Husemann: „Wir haben uns nie gegen eine Front der gesamten Arbeiterschaft gewendet! Aber sie soll geführt werden von der ‚Eisernen Front‘ und ihren Organisationen.“ Henseler ergänzte: „Wir kämpfen nicht für eine Diktatur der Arbeiterklasse, sondern für eine Gesellschaft von Gleichen unter Gleichen.“ Und, indem er sich zu den Kommunisten wandte: „Seid ihr jetzt nicht auch der Auffassung, daß es verkehrt wäre, den Diktaturplänen der Herren von rechts Diktaturpläne entgegenzusetzen? . . .“

Kalt und verständnislos gegenüber dem, was im Augenblick allein nottut, redeten die hoffnungslosen Demokraten ihre bekannten Redensarten von der allein richtigen Politik der SPD. Aber hier erhebt sich die Frage: Wollen die sozialdemokratischen Führer den Klassenkampf — wenn auch ungern — führen? Dann dürfen sie die kommunistischen Genossen, die doch sicher auch zur Arbeiterklasse und damit zur Klasse der Ausgebeuteten gehören, nicht dadurch vom gemeinsamen Kampf ausschließen, daß sie den Klassenkampf nur unter die Führung der „Eisernen Front“ zu stellen bereit sind. Der erfolgreiche Klassenkampf auf der Seite der Arbeiterschaft setzt die „Rote Eisernen Front“ voraus. ok.

Von den Fronten des Handelskrieges.

Dänemark vor der deutschen Zollerhöhung.

—t. Ueberall in Dänemark, besonders in Kopenhagen und in den Grenzstädten von Jütland, fanden noch einmal Ausfuhr-Viehmärkte statt, um auf diese Weise noch vor der Zollerhöhung in Deutschland möglichst viel Schlachtvieh unterzubringen. Es wurden sehr niedrige Preise gezahlt; der Auftrieb konnte nicht einmal untergebracht werden.

Die deutschen Aufkäufer erklärten, daß sie vorläufig wohl zum letzten Mal zum Ankauf für Deutschland nach Dänemark gekommen seien. Mehrere Dampferlinien, die eigens für die Viehförderung nach Deutschland gegründet wurden, sollen, nachdem sie die letzten Frachten ausgeführt haben, stillgelegt werden.

Dänische Proteste.

In dänischen Zeitungen kommt allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß Dänemark durch die deutschen Zollerhöhungen noch mehr als bisher gezwungen werde, seine Einkäufe in England vorzunehmen. Man ist über die Zollerhöhungen um so mehr erbittert, weil in Dänemark die richtige Ansicht, daß die Zollerhöhungen der deutschen Landwirtschaft keinen wirklichen Nutzen bringen, noch weiter verbreitet ist als in Deutschland.

Der dänische Landwirtschaftsrat verhandelt mit den zuständigen Ministerien und den Organisationen der Exporteure darüber, welche Gegenmaßnahmen gegen Deutschland in Frage kommen.

Schwedens Antwort.

Die schwedische Regierung hat dem Reichstag einen Antrag vorgelegt, einige beim Außerkrafttreten des deutsch-schwedischen Handelsvertrags am 15. Februar frei werdende Zollsätze zu erhöhen. Deutschland wird zwar nach wie vor als meistbegünstigte Nation behandelt. Doch werden gerade solche Zollsätze trotz Beendigung des Vertrages niedrig bleiben, an denen andere Länder als Deutschland besonders interessiert sind (zum Beispiel England am Zoll für Seide). Die erste und zweite Kammer haben am Dienstag den Regierungsantrag angenommen.

Kündigung von Zollbindungen gegenüber Frankreich.

Die deutsche Regierung macht gegenüber Frankreich von ihrem Rechte Gebrauch, mit vierzehntägiger Frist zum 1. März eine Reihe Zollbindungen zu kündigen. Die franzö-

sische Regierung hat das Recht, Ausgleichsverhandlungen zu verlangen, sodaß nun also glücklich auch der deutsch-französische Handel beunruhigt wird. Die französische Regierung verlangt Ausgleichsverhandlungen, um „das bedrohte Gleichgewicht wiederherzustellen“.

Die deutschen Kündigungen beziehen sich auf: Küchengewächse, Hülsenfrüchte, Beerenobst, Karpfen, Schleie, Tafelkäse, gewisse Oele und Oelsaaten, Margarine und baumwollene Textilwaren, Fässer aus Hartholz, Weinsäure, gereinigten Weinstein, Salz, Quecksilberchlorid, Spitzenstoffe und Spitzen aller Art, Knöpfe und zu Knöpfen vorgearbeitete Platten, Zigarettenpapier, Oefen und Ofenteile, Hohlglas und Draht.

Die offenbar beabsichtigten deutschen Zollerhöhungen würden auch in anderen Ländern Gegenmaßnahmen hervorrufen. Wirtschaftspolitik gegen den Handel, gegen die Industrie!

Deutsch-argentinischer Zollkrieg beendet.

Ämtlich wird mitgeteilt: „Die Verhandlungen zwischen Argentinien und Deutschland über die Austräumung der in den letzten Wochen entstandenen handelspolitischen Schwierigkeiten haben nunmehr zu einer Verständigung geführt. Die argentinische Regierung hat sich bereit erklärt, das mit Chile abgeschlossene Handelsabkommen so zu ändern, daß die bisherige Diskriminierung (Schlechterstellung) der deutschen Einfuhr praktisch völlig beseitigt und Deutschland mit den übrigen in Argentinien meistbegünstigten Ländern gleichgestellt wird. Die argentinische Verordnung ist am 9. Februar 1933 in Kraft getreten. Die deutsche Regierung hat daraufhin beschlossen, die Verordnung vom 20. Dezember 1932 über die Anwendung der Zollsätze des Obertarifs auf einzelne argentinische Erzeugnisse mit Wirkung vom 9. Februar 1933 wieder aufzuheben. Gleichzeitig sind die Zollstellen angewiesen worden, die argentinischen Erzeugnisse mit Wirkung vom gleichen Tage wieder nach den für die meistbegünstigten Länder geltenden Zollsätzen zu behandeln.“

Die Auffassungen der beiden Regierungen über die rechtliche Auslegung der in dem geltenden Handelsvertrag vereinbarten Bestimmungen über die gegenseitige Meistbegünstigung bleiben von der getroffenen Regelung unberührt. — Natürlich auch die Auffassung der deutschen Regierung, daß billiger argentinischer Weizen nichts für die deutsche Bevölkerung ist, weil er den Großagrariern schlecht bekommen würde.

Kommissare gegen Proteste.

Der Provinzialausschuß in Pommern hat am Montag auf Antrag des volkonservativen Abgeordneten Thoma mit sieben gegen sechs Stimmen die Auflösung der Provinziallandtage für ungesetzlich erklärt und den Landeshauptmann aufgefordert, von den für die Wahl erforderlichen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Der Oberpräsident hat daraufhin einen Kommissar für die Vorbereitung der Wahl bestellt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Jantschowski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29

Der Kieler Hochschulkonflikt ist nach einer Aussprache zwischen dem Rektor und Vertretern der Studentenschaft beigelegt worden. Der Öffentlichkeit wird mitgeteilt, daß ein wesentlicher Teil der Unstimmigkeiten aus Mißverständnissen entsprungen sei.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 18. Februar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 28. Thema: Genossen, lern von Italien!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Erststelle
gut schnell billig
EUGEN GEMM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Das Haus der guten Sechne H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Reichenstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!
**Unterstützt
Eure
Zeltung!**
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Beworben bei Einzelnen
unsere Inseraten!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit Klebmarken
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebmarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Welfig, Gehlhansen, Hesseu-Pl.

Sonnenblumen-Öel
kalt abgepreßt, daher voll-
wertiger. Bestes Speiseöl für
Salate, zum Braten, Backen
usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frühkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

**Maßarbeit erstklassig
und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

**Butter
Käse, Eier
Landbrot**

Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Ist Maßkleidung zu teuer?
Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauer-
hafter und darum billiger als Konfektion.
Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung!
Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zusätzlich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Wolmar, Röhrstraße 40

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
**Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

Soeben erschien in neuer Ausstattung:
**Philosophen
für und wider
die Revolution.**
Von
HELLMUTH FALKENFELD.
73 Seiten. Kartoniert 0,60 M.
Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution.
II. Immanuel Kant. VII. Stirner.
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj.
IV. Jakob Friedrich Fries. IX. Nietzsche.
V. Hegel. X. Popper-Lynkeus.
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 81843

Sonderausgabe
Das Heft der Frau.
LEONORE KÖLB:
Gesetze gegen die Frauen.
LEONARD NELSON:
Grundsätze für ein soz. Eherecht.
MARIA HODANN:
Die wirtschaftliche
Unterdrückung der Frau.
HANNA FORTMÜLLER:
Polit. Arbeit auch für die Frauen!
ROSE GERISCH:
Wohin gehört die Frau politisch?
ANNA GROS:
Hausarbeit und polit. Arbeit.
ILSE REINHARDT:
Die Frauen und die Gesundheit
des Proletariats.
Revolutionäre Frauenarbeit — Buchbespr.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Seit 13.—16. Februar:
„TABU“
Der herrliche Südsessim
F. W. Murnaus schönster und letzter Tonfilm.
Paul Zippers Tierfilm
„Tiere sehen Dich an“
Ein Meisterwerk der Photographie.
Jugendliche haben Zutritt.
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr

Der Kampf um die Machtpositionen.

An dem Streit um das Polizeipräsidium scheiterte der Versuch, den Hamburger Senat durch eine Koalition der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Staatspartei neu zu bilden. Die Staatspartei lehnte schließlich die Koalition ab. — In der Ältestenratssitzung vom Dienstag wurde beschlossen, die Auflösung der Hamburger Bürgerschaft in der nächsten Bürgerschaftssitzung, am 24. Februar, zu beraten.

Vor der Tür sitzen nun,

nachdem Göring sie in den Ruhestand versetzt bzw. beurlaubt hat, folgende höheren preußischen Beamten:

Regierungspräsidenten:	politische Haltung:	Laufbahn:
Ehrler - Wiesbaden	SPD	Gewerkschaft
Friedensburg-Kassel	Staatspart.	Beamtenlaufbahn
König - Arnberg	SPD	Gewerkschaft
Stieler - Aachen	Zentrum	Christl. Gewerksch.

Regierungsvizepräsidenten:	politische Haltung:	berufliche Stellung:
Bier - Köln	SPD	Jurist
Corneel - Merseburg	Zentrum	Anwalt
Masur - Hannover	SPD	Justizdienst

Polizeipräsidenten:	politische Haltung:	berufliche Stellung:
Barth - Hannover	SPD	Verwaltung
Biesten - Koblenz	Zentrum	Justizdienst
Dr. Danel - Harburg-W	SPD	Justizdienst
Froitzheim - Wiesbaden	—	Verwaltung
Krüger - Weisbels	SPD	Gewerkschaft
Maier - Stettin	SPD	Gewerkschaft
Dr. Meyer - Duisburg	SPD	Gewerkschaft
Oexle - Halle	Staatspart.	Beamtenlaufbahn
Steinberg - Frankfurt/M.	SPD	Gewerkschaft
Thaiss - Breslau	Zentrum	Beamter
Wende - Waldenburg	SPD	Gewerkschaft
Weyer - Oberhausen	Zentrum	Gewerkschaft
Zörgiebel - Dortmund	SPD	Gewerkschaft

Polizeivizepräsident:
Oberreg.-Rat Friedberg - Halle der DVP nahestehend

Polizeioffiziere:
Polizeioberst Harlinghausen - Bochum
Polizeioberst Kade - Berlin
Polizeioberst Quast - Oberhausen
Polizeioberst Stelse - Berlin
Polizeioberstleutnant Agath - Kassel
Polizeioberstleutnant Büttner - Hannover-Münden
Polizeioberstleutnant Limberger - Oppeln
Polizeioberstleutnant Meyer - Waldenburg
Polizeimajor von Seidlitz - Wiesbaden
Landjägermajor Schäfer - Wiesbaden.

Görings Säuberungsaktion fielen weiter zum Opfer:

Polizeipräsident Graf aus Bochum, Polizeioberst Kade aus Berlin, Polizeioberst Stelse, Leiter der Polizeigruppe Berlin-Süd, Regierungspräsident König von der Regierung in Arnberg; aus dem preußischen Innenministerium wurden beurlaubt: Ministerialdirektor Klausener, der Leiter der Polizeiabteilung des Ministeriums, ferner Ministerialdirigent Graeser, ebenfalls aus der Polizeiabteilung. Graeser, der zuständige Referent für Organisationsangelegenheiten der Polizei, ist bei dem bisherigen Beamten Schub unbeteiligt gewesen oder übergegangen worden.

Nach der Reinigung die Belehrung:

Göring hat im preußischen Innenministerium sämtliche preußische Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu einer Sitzung zusammengerufen. Diese Sitzung fand am Dienstag nachmittag statt. Ueber Verlauf und Ergebnis ist noch nichts bekannt.

„Polizeiführer West“.

Für die beiden westlichen Provinzen Preußens, für Rheinland und Westfalen, hat Göring einen eigenen Polizeigouverneur ernannt, den Kommandeur Stieler von Hoy-

dekamp. Dieser Gouverneur trägt den Titel „Höherer Polizeiführer West“, ist unmittelbar Göring unterstellt und soll angeblich besondere Vollmachten erhalten haben, die in die bisherigen Befugnisse der Ober- und Regierungspräsidenten eingreifen.

Von Frick fortgeschickt:

Der Ministerialdirigent Haentzschel vom Reichsinnenministerium ist bis auf weiteres beurlaubt worden.

Göring über die Ermordung von Polizisten?

1. „Der Landjägermeister Pfließ, der wahrscheinlich bereits durch einen Schuß der Verfolger verletzt worden war und seinen Beamten nicht mehr folgen konnte, lief schließlich in einen anliegenden Garten, wo er später tot aufgefunden wurde. Die Obduktion hat ergeben, daß

Pfließ zwei Rückenschüsse, einen Armschuß und vier Kopfschüsse erhalten hat. Fast alle Schüsse haben ihn von hinten erreicht.

Wie durch Aussage von Augenzeugen einwandfrei festgestellt worden ist, haben NSDAP-Leute auf den fliehenden Landjägermeister geschossen. Als dieser im Garten zusammengebrochen war,

begaben sich mindestens drei Personen in den Garten und feuerten aus etwa einem halben Meter Entfernung noch mehrere Schüsse auf den am Boden liegenden Pfließ ab.“

(Aus dem Bericht der Düsseldorfer Mordkommission über die Homberger Schießerei vom 1. Februar.)

2. „Für die SS sprach Oberführer Zech, MdR. Er schilderte insbesondere die Homberger Vorfälle. ... Schmerzlich bedauere er den Tod des Landjägers, aber

das Vorgehen der Nationalsozialisten sei durchaus verständlich. Ein Vertreter des Ministers habe ihn beauftragt, zu erklären, daß Minister Göring auf demselben Standpunkt stehe.“

(TU-Bericht vom 6. Februar über eine nationalsozialistische Amtswaltertagung in Essen.)

Werden die Länder das mitmachen?

Die Vorbereitung der Reichsratssitzung

1. Die Reichsregierung.

Auf Grund der „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“, mit der die Reichsregierung sich über den Spruch des Staatsgerichtshofes weggewetzt und die gesamten Befugnisse des preußischen Staatsministeriums dem Kommissar für Preußen übertragen hat, hat jetzt die kommissarische preußische Regierung zu Vertretern Preußens im Reichsrat die Kommissare Papen, Göring, Popitz, Hugenberg, Hölcher und Rust ernannt.

Der preußische Ministerpräsident Braun hatte bekanntlich mit Recht gegen die erwähnte Verordnung protestiert und wiederum den Staatsgerichtshof angerufen. Dieser hat sich noch nicht geäußert. Inzwischen hat der Präsident des Reichsgerichts, Bumke, den Reichskanzler Hitler besucht, weil dieser ihn persönlich habe kennen lernen wollen. Manche an diesen Besuch geknüpften Vermutungen sind demontiert worden.

In dem Prozeß Preußen gegen das Reich hat die Reichsregierung der am Donnerstag ablaufenden Frist für die Beantwortung der preußischen Klageschrift beantragt.

2. Die Länder.

Die bayerische Regierung hat eine Konferenz der süddeutschen und einiger norddeutschen Länder in der Berliner Bayerischen Botschaft zusammengerufen. Diese Sitzung soll eine Vorbereitung der am Donnerstag stattfindenden Reichsratssitzung sein. Die auf der Vorbesprechung vertretenen Länderregierungen — die nach dem Prinzip ausgewählt worden sind, ob sie angesichts der Attacken des Reichs auf Preußen für die Frage des Rechts und der Verfassungsmäßigkeit der Reichsmaßnahmen noch offen sind — werden versuchen, sich auf eine gemeinsame Haltung für die Reichsratssitzung zu einigen. Es wird sich vor allem um die Frage drehen, ob die Legitimation der von Papen ernannten Vertreter Preußens im Reichsrat unmittelbar bestritten, oder ob das Ergebnis der Klage vor dem Staatsgerichtshof abgewartet werden soll.

Die bayerische Presse nimmt lebhaften Anteil an diesen Fragen. Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt, die Frage, was Bayern in dieser Angelegenheit zu tun habe, sei recht eindeutig zu beantworten: Die Haltung Bayerns in dieser Frage werde ausschließlich nach dem Standpunkt des Rechts und nach den Richtlinien der Verfassung bemessen sein, und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche sonstige Zusammenhänge. Im vorliegenden Fall handele es sich um nichts anderes als um die Lösung der positiven Frage, ob das Reich durch indirekte Stimmen im Reichsrat vertreten sein könne. In dieser Sache sei jeder Zweifel vollkommen ausgeschlossen.

Die Bayerische Volkspartei - Korrespondenz bemerkt ebenfalls,

ein Reichsrat, in dem die der preußischen Staatsregierung unmittelbar zustehenden Reichsratsstimmen von einem Reichsorgan instruiert würden, sei kein Reichsrat mehr, wie er in der Reichsverfassung vorgesehen sei. Wer das nicht anerkennen wolle, setze sich über die Reichsverfassung hinweg und beraube das Deutsche Reich seiner Rechtsgrundlage.

Die Nazis als Unschuldslämmer.

Frank II, der ein von dem amtlichen Bericht über die Sitzung des Ueberwachungsausschusses erheblich abweichende Darstellung der Vorgänge gibt (er leugnet Lobe von dessen Platz verdrängt zu haben; Lobe sei freiwillig gegangen), hat angeblich gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“ bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Beleidigung erstattet. Der Bericht dieser Zeitung, der inhaltlich dem amtlichen Bericht folgte, sei eine „bewußt un-wahre und beleidigende Sachdarstellung“.

Eine alte Taktik der Nazis, hinterher immer die anderen Leute als die hinzustellen, die falsch berichtet haben. Auch Hindenburg gegenüber haben sie nach den Verhandlungen am 13. August diesen Vorwurf erhoben. Wir glauben jedenfalls einem Nationalsozialisten erst dann etwas, wenn eine amtliche Stelle bestätigt, daß sich seine Darstellung an die Wahrheit hält. Eine Bewegung, die zum Beispiel eine Zeitung wie den „Angriff“ erträgt, der über den Selbstmord seines Parteigenossen Jähne, der bei dem Versuch, einen andern zu ermorden, umgekommen war, die hanebüchlichsten Lügen und Verleumdungen verbreitete, obwohl ihm die Wahrheit durch die Polizei mitgeteilt worden war, eine Zeitung, deren Schriftleiter Goebbels wegen alberner Aufschneiderei über die Leiden, die er für Hindenburg in belgischen Gefängnissen erduldet hat, nur deshalb nicht streng bestraft worden ist, weil er sich noch rechtzeitig entschuldigte, — eine solche Bewegung darf nicht beanspruchen, daß man ihren Vertretern mehr glaubt, als einem amtlichen Bericht. Um so weniger ist das im Falle des gesprengten Ueberwachungsausschusses am Platz, da der Volksparteiler Morath auch nach der Darstellung der Nationalsozialisten von ihnen tätlich angegriffen worden ist. Auch daß sie erbärmliche Radauzenen im Ausschuß veranstaltet haben, bestreiten die Nazis keineswegs, wahrscheinlich allerdings nur deshalb nicht, weil der Radau im ganzen Reichstagsgebäude zu hören war.

Schöne Volksvertreter: erst einen Ausschuß sprengen und hinterher zu feige zu sein, es zuzugeben! Das nennen sie offenbar:

Rückkehr zur alten preußischen Sauberkeit.

Im übrigen würden wir uns gar nicht wundern, wenn der Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“ vergeblich auf die Strafanzeige gegen sich warten würde. Bei den Nazis war fast in allen derartigen Fällen der Mund größer als die Tat, die hinterher folgte.

Was übrigens beleidigende Sachdarstellung betrifft, so kann sich Herr Frank II den Antrag ansehen, den sein Parteigenosse Freisler — ebenfalls Rechtsanwalt von Beruf, — gegen den früheren Polizeivizepräsidenten Weiß und dessen Frau eingebracht hat. Dieser Antrag war derartig unter aller Kritik, daß sogar die Parteigenossen des Herrn Freisler öffentlich von ihm (Freisler) abrückten.

Gegen die Tumultszenen, mit denen der Nazi Frank II am Dienstag die Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags gesprengt hat, haben die Ausschußvertreter der nicht an der Regierung beteiligten Parteien Protest eingelegt.

Die Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben sich mit ihrer Beschwerde an Göring, den Präsidenten des Reichstags, gewandt, dessen Pflicht es ist, die Arbeiten des Präsidiums und seiner Ausschüsse zu gewährleisten. Beide Abgeordnete werfen ihm — mit Recht — vor, daß er, obwohl er von der Auflösung der vorigen Ausschusssitzung wußte und obwohl vorauszusehen war, daß auch am Dienstag wieder Störungsversuche unternommen werden würden, nichts für die Sicherung der Ausschußberatungen unternommen hat.

Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses haben Protesterklärungen abgegeben, denen politische Bedeutung nicht zukommt.

Der angepöbelte volksparteiliche Abgeordnete beeilt sich, zu erklären, daß er nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung verlassen wollte, sondern daß er sich erst zum Ausgang begeben habe, nachdem der

„stellvertr. Vorsitzende, Abgeordnete Dr. Frank II“, die Sitzung geschlossen hatte. Dingeldey hat gegen die Behandlung dieses Abgeordneten bei Göring und dem Reichsinnenminister Frick Einspruch eingelegt.

Hugenberg untersucht den Osthilfe-Skandal!

—t Schleicher ist unter anderem darüber gestürzt, daß er es nicht verhinderte, daß im Osthilfe-Untersuchungsausschuß der Osthilfe-Skandal ausgebreitet wurde. Hugenberg, der ja auch Reichskommissar für die Osthilfe ist, gibt nun bekannt, er wolle einen besonderen Ausschuß einsetzen, „der in der Hauptsache (!) aus Mitgliedern des mit dem Reichstag aufgelösten Untersuchungsausschusses bestehen soll“.

Welche Mitglieder jenes Untersuchungsausschusses werden wohl von Herrn Hugenberg nicht berufen werden?

Welche Absichten mit der Einsetzung des neuen Ausschusses verfolgt werden, ergibt sich deutlich aus den folgenden Ausführungen der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“: Die jetzige Reichsregierung trägt ja „nicht die Verantwortung für etwa vorgekommene Mißbräuche. Gerade die jetzigen Regierungsparteien haben sich im vollen Einvernehmen mit der Landwirtschaft und der Wirtschaft des Ostens gegen die individuellen Methoden der Osthilfe gestäubt. (Sie wollten, daß alle Großagrarien unbesehen Hilfe bekommen!) Gerade die Parteien vom Zentrum bis zur SPD, die in den letzten Wochen eine so scheinheilige Propaganda mit dem angeblichen Osthilfeplan gemacht haben, tragen die alleinige Verantwortung für die bisherige unwirksame Organisation und Handhabung der Osthilfe“.

Dieses Blatt fordert also, daß die Mißstände in der Osthilfe dadurch abgeschafft werden, daß in Zukunft diese Mißstände durch die Gesetzgebung als erlaubt bestätigt werden. Man könnte ebenso gut sagen: an der Tatsache, daß es Diebe gäbe, hätte nur das Strafgesetzbuch schuld: wenn die Paragraphen über den Diebstahl herausgenommen würden und allen Menschen erlaubt würde, jedem andern beliebig viel wegzunehmen, wäre der Diebstahl wenigstens als Verbrechen aus der Welt verschwunden. Verbrecherlogik!

Vollstreckungsschutz für Landwirte.

Die Reichsregierung gibt nunmehr doch der Landwirtschaft durch eine Notverordnung einen umfassenden Vollstreckungsschutz, und zwar bis zum 31. Oktober. Er erstreckt sich gleichmäßig auf das ganze Reich. Bis zum 31. Oktober wird allgemein die Zwangsvollstreckung landwirtschaftlicher Grundstücke und aller Gegenstände des festen und beweglichen Inventars einschließlich des Hausrats aller Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus untersagt.

Bisher hatte der Landwirt in gewissen Fällen das Recht, mit besonderer Begründung einen Antrag auf Einstellung von Vollstreckungsverfahren zu stellen. Jetzt wird der Spiel umgekehrt: Grundsätzlich sind sämtliche Vollstreckungsverfahren eingestellt, und die Gläubiger haben unter bestimmten eng begrenzten Umständen das Recht, den Antrag auf Fortführung oder Einleitung des Zwangsverfahrens zu stellen. Dieses Recht ist allgemein gegeben für Altenteile, Unterhaltspflichten, Löhne, Steuern; ferner haben die Gläubiger der ersten Hypotheken das Recht auf Zwangsversteigerung, wenn sie den Nachweis führen können, daß der Schuldner in der Vergangenheit längere Zeit seine Zinsverpflichtungen nicht erfüllt und auch nach Erlaß der jetzigen Verordnung seine erste fällige Zinszahlung nicht geleistet hat.

Ein Staatssekretär für den Mittelstand!

Hugenberg erklärte nach einer Besprechung mit Abordnungen des Mittelstandes, er wolle ein besonderes Staatssekretariat für den Mittelstand im Reichswirtschaftsministerium einrichten. Die Mittel für die Einrichtung einer solchen Stelle werde er für den neuen Haushalt beantragen. Dafür haben sie Geld! Aber zu wirklicher Hilfe für den Mittelstand?

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Wir haben in Aufsätzen verschiedener Mitarbeiter die Wirtschaftslage einer Reihe von Ländern um die Jahreswende genauer beleuchtet, als das bei laufender Berichterstattung möglich ist. Wir brachten ausführliche Berichte über: Argentinien (im „Funken“ Nr. 281), Australien (287),

Britisch-Indien (284), China (298), Dänemark (302), England (292 und 294), Frankreich (305), Oesterreich (316), Spanien (319), USA (289).

Wir nehmen heute zusammenfassend zu einigen durch diese Berichte aufgeworfenen Problemen Stellung.

Zollkrieg aller gegen alle.

Der Zollkrieg ist dem Krieg mit militärischen Waffen in sehr vieler Beziehung ähnlich.

Wer zum Krieg rüstet, behauptet, den Frieden vorzubereiten. Die entsprechend idiotische Begründung für die Errichtung von Zollmauern gab im vorigen Jahr diejenigen englischen Liberalen, die für die englischen Schutzollgesetze stimmten. Sie behaupteten, dadurch eine neue Freihandelsära auf der Erde vorzubereiten! Ja, ein sogenannter Liberaler, Runciman, der noch heute englischer Handelsminister ist, rechtfertigte die englische Zollpolitik in einer Rede am 5. Februar 1933 folgendermaßen: England habe die Politik der gut kontrollierten und mäßigen Zölle deshalb aufgenommen, weil es darin die einzige Möglichkeit sehe, den Welthandel umfangreicher zu gestalten.

Genau so, wie in Deutschland die Pazifisten bei der derzeitigen Regierung kein großes Ansehen genießen — in vielen anderen Ländern ist es nicht anders! —, stehen auch die Vorkämpfer der handelspolitischen Abrüstung nicht hoch im Kurs. In Deutschland hat man eigens für sie ein neues Schimpfwort erfunden: „Wirtschaftspazifisten!“

Der Kampf der Wirtschaftspazifisten — wir nehmen diese Bezeichnung als Ehrennamen gerne auf — trifft auf dieselben Schwierigkeiten wie der Kampf der politischen Pazifisten. In jedem Land sagt man ihnen: Aber wir können doch nicht anfangen!

„Erst Sicherheit, dann Abrüstung!“

So lautet die Parole der hochgerüsteten Staaten auf den Abrüstungskonferenzen. Genau die entsprechende Parole wird man auf der Weltwirtschaftskonferenz hören: „Erst Sicherheit dafür, daß sich die Wirtschaftskrise bei uns nicht verschärft“, so werden die Hochschutzzöllner sagen, „dann wollen wir gern handelspolitisch abrüsten.“

Inzwischen aber versucht fast jeder Staat, durch Zoll-erhöhungen, Einfuhrkontingente, Devisenbewirtschaftung oder Währungsverfall die Einfuhr zu drosseln; fast jeder versucht, durch Subventionen oder Währungsverfall die Ausfuhr zu fördern.

Ein Staat, der wie Deutsch-Oesterreich selbständig überhaupt keine wirtschaftliche Lebensfähigkeit hat, leidet unter dem Zollkrieg aller gegen alle natürlich besonders stark. Ferner leiden besonders Länder wie Dänemark, deren Wirtschaft auf Ausfuhr stark eingestellt ist (die Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung betrug 1931 in der Sowjet-Union 11 Mark, in Spanien 34 Mark, in Deutschland 149 Mark, in Dänemark jedoch 372 Mark!).

Im Grunde leiden aber alle Konsumenten aller Länder unter der gegenwärtigen Handelspolitik.

Der Kaufkraftverfall wird durch Zollerhöhungen natürlich nicht aufgehoben, sondern — international gesehen —

nur verschärft. Aber der Staat, der Zollmauern neu aufbaut (England) oder erhöht (wie das fast alle Staaten taten), hofft eben von der Gesamtkaufkraft durch Zollpolitik möglichst viel auf die Produkte seines Landes lenken zu können. Ein lächerliches und groteskes Schauspiel, so müßte man den Wahnsinn der gegenwärtigen Handelspolitik nennen, — wenn er nicht so furchtbare Folgen hätte.

Daß Staaten sich bekämpfen um des Besitzes von Rohstoffquellen willen, insbesondere um der Fundstätten seltener Rohstoffe willen, das kann man noch einigermaßen verstehen. Solches Handeln entspricht der Klugheit von Raubtieren, ist also Zeichen eines hohen Grades von Intelligenz. — Heute jedoch bekämpfen sich Staaten mit Zollwaffen, um möglichst viel von ihrem Ueberfluß an Schätzen der Erde und Produkten menschlichen Fleißes loszuwerden, statt den anderen Weg zu gehen, die Kaufkraft der eigenen Massen zu vergrößern. Dies Verhalten kluger Kapitalisten mit anzusehen, ist einfach widerlich. Lieber wird Weizen verbrannt und Kaffee ins Meer geschüttet, als daß ihn Proletarier, die Hunger und Durst haben, bekommen. Ins Deutsche übersetzt: Lieber wird Roggen gefärbt, als daß Proletarier billiges Brot bekommen. Damit man uns nicht mißverstehet: All das geschieht nicht, um die Proletarier zu ärgern! Das ist für die Regierenden in dieser kritischen Zeit sogar eine unangenehme Nebenwirkung.

Das Ziel ist: die Vermögen der Besitzenden zu erhalten, um jeden Preis.

Roggenzoll in mehrfacher Höhe des Weltmarktpreises in Deutschland, das bedeutet: *Erhaltung des Vermögens von einigen zehntausend ostelbischen Junkern nebst Anhang.*

Industrielle Hochschutzzölle in Australien und den USA, das bedeutet: *Erhaltung des Vermögens von einigen tausend oder zehntausend industriellen Kapitalisten.*

Das bedeutet aber auch: Zerstörung von Kaufkraft im Inland, und: Zerstörung von Vermögen im Ausland, nämlich bei den ausgeschlossenen Konkurrenten. Es bedeutet im Fall des deutschen Roggenzolles: *Verschärfung der Not der deutschen Massen, und: Verschärfung der Agrarkrise in Argentinien, Kanada und Australien.* Es bedeutet im Fall der australischen und amerikanischen Industriezölle: *Verschärfung der Not der Massen in Australien und den USA, und: Schädigung der deutschen und englischen Exportindustrie.*

Daß jeder den anderen schädigt, ist klar. Wie im Krieg! Wer den anderen mehr schädigt, nur das ist noch die Frage für die herrschenden Klassen in den verschiedenen Staaten. Für die beherrschte Klasse steht fest, daß sie auf alle Fälle und in internationalem Ausmaß geschädigt wird. Wie im Krieg!

Die gemeinste und heimtückischste Wirtschaftswaffe.

In Australien war es eine Arbeiter-Regierung, die von der Goldwährung abging und eine Inflation in Gang brachte, noch bevor England von der Goldwährung abging. Die Währungsentwertung brachte Australien in mancher Hinsicht einen Vorsprung auf dem Weltmarkt. Im Inland sind die Industriepreise seit 1929 gestiegen; nach der Ansicht mancher Währungs-Schwätzer dürfte es dem Lande also heute nicht allzu schlecht gehen! Die Krise hat sich 1932 in der Tat nicht verschärft, aber nur weil das kaum noch möglich war. Wir verzeichnen nämlich im menschenärmsten Erdteil: Auf 100 Quadratkilometer entfallen 70 Einwohner, auf hundert Gewerkschaftsmitglieder: 30 Erwerbslose.

In Argentinien wird Inflation getrieben. Die Großagrarien fordern Fortsetzung der Inflation. Die Arbeiterschaft nimmt dazu kaum Stellung.

England: Die Loslösung des Pfundes vom Gold im September 1931 — eine Maßnahme, die wohl nicht gewollt war, aber nach einer Reihe vorangegangener Fehler kaum mehr vermieden werden konnte — sollte durch Drosselung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr eine Wirtschaftsbelebung bringen. Die Zollpolitik zielte in der gleichen Richtung. Aber: Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter größer als im vergangenen. Zum Teil konnte die Währungsentwertung die erhofften Folgen einfach deshalb nicht haben, weil zu viele Konkurrenten dasselbe Mittel anwandten.

Der reaktionäre Lord Beaverbrook verlangt nunmehr eine wirkliche Inflation mit Steigerung der Inlandspreise (die bisher ausgeblieben ist, weil die Weltmarktpreise so stark sanken, daß die Währungs- und Zollmaßnahmen lediglich ein weiteres Sinken des Preisstandes verhinderten). Dieser Presse-lord sagte deutlich: Laßt die Hände weg von den Geldlöhnen und drückt auf die Reallöhne durch Preiserhöhungen. — Mc Kenna, der Leiter der Midland-Bank, der größten englischen Großbank, und vormals britischer Schatzkanzler, hat auf der Generalversammlung seiner Bankaktionäre Ende Januar für eine entschlossene und „von ganzem Herzen“ zu verfolgende Inflationspolitik gesprochen. Das Echo der englischen Presse: Nur wenige entschieden verwerfende, daneben begeistert bejahende Stimmen. Beaverbrook und sein Konkurrent Rothschild feiern Mc Kenna als Nationalhelden, der das erlösende Wort gesprochen habe.

Die englischen Gewerkschaften haben sich nie eindeutig gegen die Inflation erklärt. Vermutlich würden sie eine Inflationspolitik unterstützen oder doch dulden, bis sie merken, was Inflation für die Arbeiterschaft bedeutet. Und dann käme ihr Widerstand zu spät!

Südafrika ist um die Jahreswende von der Goldwährung abgegangen. Wir haben dieses Ergebnis in einem besonderen Aufsatz (in Nr. 308) dargestellt:

„Noch ein Abtrünniger: Hauptgoldproduktionsland ohne Goldwährung.“

Neuseeland: Das neuseeländische Kabinett hat Ende Januar beschlossen, daß 125 neuseeländische Pfund künftig denselben Wert haben sollen wie 100 englische Pfund; vorher war das neuseeländische Pfund nicht so stark entwertet.

Kanada: Der kanadische Dollar kostete 1932 fast während des ganzen Jahres 0,90 USA-Dollar. In der Entwertung hielt er also eine mittlere Linie, zwischen der um 30 Prozent entwerteten Währung des englischen Mutterlandes und dem nicht entwerteten Gold-Dollar der benachbarten USA. Jetzt kostet der kanadische Dollar nur noch 0,84 USA-Dollar. Der Rückgang ist wohl so zu erklären: Das Abgehen Südafrikas von der Goldwährung schaffte eine unsichere Stimmung. Befürchtungen über den kanadischen Dollar wurden geäußert. Kapitalflucht setzte ein und — brachte die befürchtete Wirkung zustande!

Die USA halten noch fest an der Goldwährung. Doch hat sich Ende Januar der Senator Borah — der viel redet und den man nicht allzu ernst nehmen darf — für die „Rückwertung des Dollars“ eingesetzt mit folgender Begründung: Nachdem die ganze Welt mit Ausnahme der USA und Frankreich vom Goldstandard abgegangen sei, seien die USA im Welt-handel stark behindert. — Das ist nicht zu leugnen! Der Senator Thomas hat klipp und klar gefordert, das Schatzamt solle so lange seine Ausgaben mit neugedruckten Noten bezahlen, bis der Preisstand von 1926 erreicht ist! Die Farmer verlangen einen „ehrliehen“ Dollar und meinen damit einen entwerteten Dollar, der ihnen die Schuldentrückzahlung — an den Preisen ihrer Produkte gerechnet — so leicht beziehungsweise schwer macht wie das Schuldenaufnehmen.

Dänemark: Die Sozialdemokratische Regierung hat die Zustimmung der Bauern zum Verbot der von Unternehmer-seite angebotenen Aussperrung erkaufte durch Zulassung einer weiteren Währungsentwertung. Die dänischen Bauern bekommen nun mit einem Schlag höhere Preise. Sie erzielten in Oere für ein Kilogramm

	Butter	Schweinefleisch	Eier
		I. Klasse	
21. Januar . . .	156	78	106
28. Januar . . .	171	84	116
4. Februar . . .	188	96	130
10. Februar . . .	180	96	130

Die durch Hebung des inländischen Preisniveaus entstandenen Mehreinnahmen der dänischen Landwirte werden auf rund eine halbe Million Kronen in der Woche geschätzt. Den Dänen wird natürlich gleichzeitig trotz steigender Inlandspreise durch die weitere Entwertung der Krone die Ausfuhr erleichtert. Aber schon zeigt sich die Fernwirkung:

In Schweden ist man mit Recht besorgt wegen der weiteren Entwicklung der Ausfuhr von Butter und Eiern nach England. Die dänische Konkurrenz war dort schon bisher scharf. Die schwedischen Exporteure fürchten nun — und mit Recht! — infolge der neuen Entwertung der Dänen-Krone noch mehr aus dem Markt gedrängt zu werden. — Werden sie nun im Wettlauf mit Dänemark ihre Währung entwerten?

Dieser kurze und unvollständige Rundblick zeigt:

Die mehr oder minder weitgehende Inflation ist ein wichtiges Mittel geworden im internationalen Konkurrenzkampf.

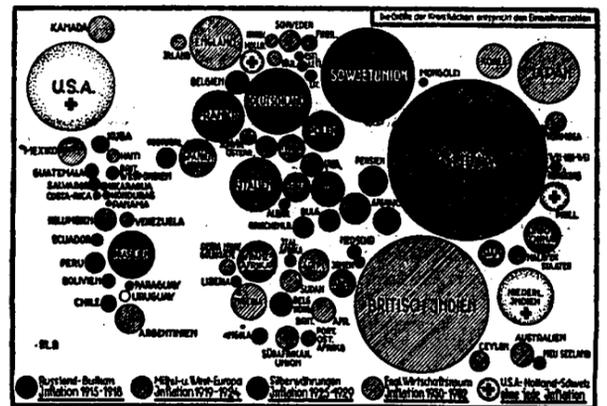
Wer den Anfang macht, hofft vielleicht, er allein werde dieses Mittel anwenden. Genau wie im Krieg bei der Anwendung von neuen Giftgasen und Brandgeschossen!

Wenn schließlich alle das Mittel in gleicher Dosis anwenden, dann verschiebt sich im internationalen Handel grundsätzlich überhaupt nichts. Aber daran denkt man nicht! Jeder reißt dem anderen die Wirtschaftskurbel „Inflation“ aus der Hand und jeder hofft: Wer zuerst und am stärksten kurbelt, der bleibt Sieger auf dem Weltmarkt — Wir fügen hinzu: Der hat sich zuerst zu Tode gesiegt.

Kein Mittel wurde international so planmäßig angewandt wie das Mittel des ökonomischen Wahnsinns.

Wo überhaupt gab es seit Beginn des Weltkrieges auf der Erde keine Inflation?

Der Leser möge sich die wenigen Länder auf dem nachstehenden Bilde selber zusammensuchen.



Rund um die Erde ist eine Inflationwelle gegangen.

Haben die Völker daraus gelernt?

Hat wenigstens die Arbeiterschaft daraus gelernt? Hat sie gelernt, daß die Inflation nur eine Scheinankurbelung der Wirtschaft bringt, daß sie den Kapitalisten eine Erleichterung ihrer Schuldenlast und Senkung ihrer Lohnkosten bringt, den Arbeitern aber letzten Endes eine Verschärfung ihrer Not?

Hat die Arbeiterschaft gelernt, daß durch kein Mittel der Lohnraub brutaler und rascher vorgenommen werden kann, daß durch kein Mittel die Ersparnisse der einzelnen Arbeiter und die Kampffonds ihrer Organisationen gründlicher beraubt werden können als durch Inflation?

Hat sie das international gelernt, oder wenigstens in den Ländern, die erst vor kurzem eine Inflation durchgemacht haben? Ist wenigstens dort in alle Arbeitergehirne eingegraben, daß die Inflation die gemeinste und heimtückischste Waffe im Klassenkampf ist, gewissermaßen das

Giftgas im Wirtschaftskampf?

So viele Fragen, so viele „Nein“ müssen wir, wenn wir aufrichtig sein wollen, als Antwort geben. Die Gefahr, in der wir uns befinden, ist also riesengroß.

Was wird werden?

Leser fragen uns: Wie wird die Konjunktur weiter verlaufen? Wird es besser werden? Oder wird die Elendskurve noch steigen?

Wir sind keine Astrologen.

Wir vermögen den Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur unter den gegebenen Umständen ebensowenig zu prophezeien wie ein Arzt den Verlauf einer Krankheit, wenn am Krankenbett statt Aerzten: Kurpfuscher stehen.

Ein kapitalistischer Obersachverständiger, Herr Professor Gustav Cassel in Stockholm, hat kürzlich dasselbe, nur wesentlich höflicher, ausgedrückt, als er im Januar-Bericht der „Skandinaviska Kreditaktiebolaget“ über „die Möglichkeit einer Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung“ schrieb: „Eigentlich können wir nur sagen, daß, wenn diese und diese Kräfte fortwährend wirken, gewisse Folgen eintreten müssen, die aber durch besondere in gegebenem Falle auftretende Faktoren bedeutend modifiziert (geändert) werden können. Wenn wir einige der treibenden Kräfte der Wellenbewegung

beherrschen können, so wird außerdem jede Prognose davon bedingt, in wie weit und in welcher Richtung diese Möglichkeit der Beherrschung ausgenutzt wird. Die Voraussage der wirtschaftlichen Entwicklung hört dann auf, lediglich eine theoretisch-statistische Frage zu sein, wird eine Frage der richtigen psychologischen Beurteilung der wahrscheinlichen Handlungweise leitender Persönlichkeiten und ist überhaupt nur in sehr bedingter Weise möglich. Dies ist ganz besonders der Fall, wenn die Entwicklung, wie auf dem Gebiete des Geldwesens, von einer kleinen Zahl von Leitern der Zentralbanken und der Finanzpolitik der führenden Länder bestimmt wird. Zu prophezeien, wie diese Personen handeln werden oder was das Endergebnis ihrer verschiedenen Bestrebungen werden wird, ist offenbar eine Aufgabe, die sich von einer Konjunkturtheorie in gewöhnlichem Sinne wesentlich unterscheidet.“

Wir sind ausnahmsweise mit Herrn Professor Gustav Cassel voll und ganz einverstanden!

Hellmut Rauschenplat.